

# Langzeitarbeitslosigkeit: wir sind nicht so machtlos, wie wir glauben

12.11.11

Unsere deformierte Gesellschaft ist blind geworden für wesentliche Zusammenhänge:

## 1. Versagen der Marktwirtschaft?

Wir glauben, in einer sozialen Marktwirtschaft zu leben und halten daher Langzeitarbeitslosigkeit für ein Versagen dieses Marktes. Menschen im Umfeld von Hartz IV leben aber in gar keiner Marktwirtschaft: Weil der Marktpreis ihrer Leistung geringer ist als staatliche Versorgung, müssen sie die Marktwirtschaft verlassen und in die Versorgungswirtschaft Hartz IV wechseln: Ab nun arbeiten sie zur „Verminderung ihrer Hilfebedürftigkeit“ nicht für Gewinn. Arbeit lohnt nicht. Der Nähe zum Existenzminimum können sie nicht entfliehen. Das geht nur mit Schwarzarbeit. Legale Leistung zählt wenig, viel der Nachweis der Hilfebedürftigkeit:

**Ohne Gewinnstreben gibt es keinen Markt, also auch keine soziale Marktwirtschaft.**

**Langzeitarbeitslosigkeit ist daher das Ergebnis der von uns geschaffenen Versorgungswirtschaft. Sie zu ändern, liegt in unserer Macht.**

## 2. Wachstum die einzige Hoffnung?

Politiker, die eingefahrene Denkmuster nicht infrage stellen, verdrängen die Wahrheit, schieben weiter die Schuld auf den Markt und knüpfen Erwartungen ausschließlich an die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums.

Doch selbst optimale Wirtschaftspolitik wird das Anwachsen der Langzeitarbeitslosigkeit nur ein wenig bremsen. Unter Hartz IV lohnt Arbeit einfach nicht. Wer bei einem Vollzeitjob nicht mehr als 9 Euro bzw. als Familienvater nicht mehr als 14 Euro je Stunde verdient, hat je Stunde maximal zwei Euro mehr als wenn er gar nicht gearbeitet hätte. Die Zahl der in unserem Lande möglichen Arbeitsplätze wird dadurch mit zunehmender globaler Niedriglohnkonkurrenz und durch Automation immer enger begrenzt.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist von 2005 bis 2011 zwar von 4,8 auf 2,6 Millionen gesunken. Das verdanken wir zum kleinen Teil der Konjunktur und zum größeren der Tatsache, dass - trotz aller Kritik - mit Hartz IV Arbeitslosengeld I nicht mehr so lange gezahlt wird wie früher und nicht mehr ökonomisch bestraft wird, wenn er rasch einen geringer bezahlten Job annimmt, und Kurzarbeitergeld gefährdete Arbeitsplätze über den Abschwung hinweg rettete.

Wer aber die Hilfebedürftigkeit nachweisen kann, bleibt abseits der Wirtschaft. Trotz geballten Einsatzes von 100.000 Mitarbeitern der Agentur für Arbeit ist die Zahl der Erwerbsfähigen, die Hartz IV beziehen, aber keiner legalen Arbeit nachgehen, im gleichen Zeitraum nur von 4,2 auf 3,5 Millionen und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ohne jedes Erwerbseinkommen von 2,7 auf 2,3 Millionen zurückgegangen.

**Wachstum ist wichtig, verschiebt die Rahmenbedingungen aber nur ein wenig.**

**Entscheidend ist, dass wirklich alle Menschen an der sozialen Marktwirtschaft teil haben.**

### 3. Fehlende Leistungsbereitschaft?

Wir glauben, Langzeitarbeitslose seien weit gehend leistungsunfähig, weil wir erleben, dass sie ihre Arbeit schon nach kurzer Zeit wieder aufgeben oder verlieren. Und weil sie sich nicht hinreichend qualifizieren oder zu geringen Einsatz zeigen, billigen wir ihnen nicht mehr als das Existenzminimum zu. Aber in 1960 hatten wir nur 150.000 Arbeitslose. An der genetischen Prägung liegt es also eindeutig nicht. Wahrheit ist:

**Wir haben den Schwächeren die ökonomische Motivation genommen, die wir den Leistungsträgern als selbstverständlich zubilligen und sie damit entwöhnt.**

**Unsozial ist, diesen Menschen die Möglichkeit zu persönliche Bestätigung deshalb zu entziehen, weil sie dank Automation und Globalisierung keine Arbeit mehr finden, von der sie angemessen leben könnten.**

### 4. Keine Arbeit für Geringqualifizierte?

Wir glauben, es gäbe keine Arbeit für Langzeitarbeitslose. Die Wahrheit ist, allein im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen suchen wir:

- 800.000 Kinderfrauen oder Betreuer in Haushalten von Erwerbstätigen,
- 500.000 Tagesmütter,
- 1.200.000 Betreuer für alte Leute,
- 1.300.000 weitere normale Haushaltshilfen,
- 200.000 ambulante Krankenbetreuer,
- 700.000 einfache Handwerker rund um Wohnung, Haus und Garten,

und in der gewerblichen Wirtschaft viele weitere Millionen für einfache Arbeiten unterschiedlichster Art.

Voraussetzung ist nur: Arbeit muss sich lohnen. Niemand wird eine Kinderfrau einstellen, deren Hauptmotivation darin besteht, die Kürzung von ALG II zu vermeiden. Unter Hartz IV kann es diese Arbeit also nicht geben. Konsequenz also:

**Diese Arbeiten müssen für die Auftraggeber bezahlbar und für die Arbeitenden dennoch gewinnbringend sein. Dann gibt es Arbeit genug.**

### 5. Ist Bildung allein schon die Rettung?

Wir glauben, die Bildung der Betroffenen reicht nicht. Der Blick auf die Liste der haushaltsnahen Dienstleistungen zeigt: Ein großer Teil dieser Arbeiten ist von einem wesentlichen Teil der Arbeit Suchenden durchaus zu leisten. Die meisten verfügen über ausreichende soziale oder handwerkliche Kompetenzen. Manches müssen sie natürlich dazu lernen, um diese Aufgaben befriedigend erfüllen zu können. Außerdem hätten sie dann auch die Chance zu besser bezahlten Jobs. Das werden sie aber kaum tun, so lange sie nicht sicher sein können, mit Lernanstrengungen netto wirklich mehr zu bekommen als ohne.

**Einerseits gibt es also Arbeit genug - auch ohne zusätzliche Ausbildung. Andererseits wird notwendige Bildung erst durch lohnende Arbeit interessant.**

## 6. Niedriglöhne menschenunwürdig?

Wir sagen, es sei menschenunwürdig, wenn man für Ganztagsarbeit keinen Lohn bekommt, von dem man angemessenen leben kann. Tatsache ist: Man könnte natürlich von diesem Lohn so gut leben, wie unsere Eltern dies noch vor 40 Jahren mussten. Aber wir haben unsere Ansprüche und dazu auch das Leistungsniveau in der arbeitsteiligen Wirtschaft so hoch getrieben, dass diesen Anforderungen nicht mehr alle entsprechen können. Die angebliche Würdelosigkeit schaffen wir selbst, indem wir unsere Ansprüche immer höher schrauben.

Im Übrigen: Aber kann es wirklich menschenunwürdig sein, jemandem der kein Excel programmieren kann, weniger zu bezahlen, als wenn er das könnte? Kann es menschenunwürdig sein, wenn eine allein erziehende Frau, die für sich und ihre beiden Kinder 1.600 Euro erwirtschaften will, einer Erzieherin nur 800 Euro zahlt? Weder kann man angebliche „Menschenwürde“ dadurch herstellen, dass man Excel abschafft, noch der Frau vorschreiben, wie viel sie der Hilfe im Hause zu zahlen habe. Im ersten Fall unterdrücken wir technischen Fortschritt, im zweiten würde die Frau zu Hause bleiben und beide wären ohne Arbeit.

Oder wollen wir gar den Kauf von Handys untersagen, die mit „menschenunwürdigen Löhnen“ in China hergestellt wurden? Kein Hartz-IV-Empfänger, dem wir Gutes tun wollen, würde es akzeptieren. Fakt ist:

**Markt kennt keine Würde. Aber er ist Voraussetzung für funktionierende Wirtschaft.**

Wenn wir angemessenen Lebensunterhalt sichern wollen, ist das Sache der Sozialpolitik. Würde hingegen definiert sich vor allem dadurch, dass man gebraucht wird und das geht nun einmal nur, wenn der Preis der Arbeit der Nachfrage entspricht.

Unwürdig hingegen ist die Behandlung der betroffenen Menschen durch den Staat:

**Im Gegensatz zu den Empfängern von Kindergeld müssen Hilfebedürftige „alle Möglichkeiten zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen“ (§ 2, SGB II), ständig Rechenschaft ablegen und können über ihr Leben nicht mehr frei entscheiden.**

Bei einem Bruttolohn von 7 Euro bleiben ihnen für ihre Anstrengung bei Ganztagsarbeit unter Hartz IV nur 1,3 Euro je Stunde.

**Nicht der Markt, sondern Hartz IV ist also menschenunwürdig.**

## 7. Vier Prozent Arbeitslosigkeit normal?

Wir glauben, es lohne nicht, über den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit nachzudenken: Ein gewisses Maß an Langzeitarbeitslosigkeit sei unausweichlich und einige Wissenschaftler hätten vier Prozent Arbeitslosigkeit sogar schon als „Vollbeschäftigung“ bezeichneten. Diese „natürliche Arbeitslosigkeit“ aber wird in der Wirtschaftswissenschaft definiert als diejenige Arbeitslosigkeit, die mit Mitteln der globalen Wirtschaftssteuerung nicht mehr bekämpft werden kann. Ihre Höhe wird ganz wesentlich durch die Art der sozialen Sicherung bestimmt. Aber:

- Wirtschaftspolitiker befassen sich nur mit der Effektivität ihrer Marktwirtschaft.
- Sozialpolitiker sehen es als ihre Aufgabe an, die Schäden und Mängel dieser Marktwirtschaft zu lindern.

So lange dies zwei völlig getrennte Welten sind, gibt es keine befriedigende Lösung.

**Wissenschaft hat deshalb vor der Unbeweglichkeit der Politik kapituliert.**

**Die Feststellung, dass andere Industrienationen höhere Arbeitslosenquoten haben als wir, ist also nichts als ein Alibi für die Weigerung der Politiker, sich mit dem Zusammenhang zwischen sozialer Sicherung und Langzeitarbeitslosigkeit zu befassen.**

## **8. Sozialstaatsgebot = Denkverbot?**

Viele glauben, aus dem Sozialstaatsgebot des Artikel 20 Grundgesetz „Die Bundesrepublik ist ein sozialer Bundesstaat“ sei zu schließen, dass in unserer Solidargemeinschaft niemand über weniger Mittel verfügen dürfe als zur Sicherung des Existenzminimums erforderlich sind. Also denken wir über keine Lösungen mehr nach, in denen diese Frage auch nur berührt wird. Dabei wird dann vergessen:

- Solidarität ist keine Einbahnstraße. Diejenigen die den Schwachen in ihrer Not beistehen, sollten durchaus erwarten, dass diese nach ihren Kräften das ihnen Mögliche leisten.
- Der Sachverständigenrat Wirtschaft hat sich zuletzt im Jahresgutachten 2006 damit befasst und festgestellt, dass „aus dem Sozialstaatsprinzip keine rechtlich einklagbaren subjektiven Ansprüche abzuleiten sind.“ Es begründe vielmehr „die Pflicht des Staates, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen.“ Es ist also umgekehrt: Hartz IV verstößt gegen das Sozialstaatsgebot, weil unter dieser Regel 2,5 Millionen Arbeitsfähiger vollen Unterhalt beziehen, ohne eine Leistung zu erbringen. Das ist keine „gerechte Sozialordnung“. Es ist nicht nur ungerechtfertigte Bereicherung sondern auch Förderung der sozialen Ausgrenzung der Langzeitarbeitslosen.
- Das Sozialgesetzbuch II hat es eigentlich auch schon längst geklärt: Nach § 31 kann das Arbeitslosengeld gekürzt werden, sobald ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger sich weigert, zumutbare Arbeit aufzunehmen. Was im Gesetz steht, wird nur nicht durchgeführt.

**Klar ist damit: Niemand sollte also Überlegungen unterbinden, Unterhaltszahlungen an Gegenleistungen zu knüpfen. Das ist keinesfalls verfassungswidrig.**

**Dass dabei die Betroffenen nicht überfordert werden, ist allerdings zugleich ein Gebot sozialer Fairnis. Diese Aufgabe angemessen zu erfüllen, ist nicht einfach.**

## **9. Macht verlieren?**

Reformer werden mit Machtverlust abgestraft. Diese scheinbare Erfahrung der SPD mit Hartz IV möchte niemand wiederholen. Tatsache aber ist, dass Gerhard Schröder ohne ein durchdachtes Arbeitsmarktkonzept antrat und sechs Jahre lang Konjunkturpolitik betrieb, bevor er begriff, dass dies allein nicht wirken konnte. Als er das Problem dann endlich mit der Agenda 2010 beherzt angriff, weckte er allerdings übertriebene Erwartungen an eine „Jahrhundertreform“.

Wäre er die Aufgabe gleich angegangen, hätte er die Früchte ernten können, die Mehrheit hinter sich sammeln und die Mängel der Reform beheben. So fiel der Beschäftigungsimpuls der bürgerlichen Koalition in den Schoß. Die Lehre aus Hartz IV ist also in Wahrheit:

**Wer notwendige Reformen zu spät einleitet, verliert die Macht.**

## Zerrbilder auflösen!

Wir glauben:

- Der freie Markt ist schuld.
- Wachstum fehlt.
- Arbeitslose sind faul.
- Für mäßig Qualifizierte haben wir keine Arbeit.
- Mehr Bildung ist die einzige Chance.
- Niedriglohnarbeit ist zu unterbinden.
- Arbeitslosigkeit ist naturgegeben.
- Ein Sozialstaat verlangt vom Menschen keine Arbeit.
- Wer Reformen versucht, verliert.

Diese Tabus und Scheinwahrheiten verbauen uns den Weg zu Lösungen. Dabei sind wir gar nicht so machtlos wie wir glauben. Doch indem wir unsere Zerrbilder pflegen, jeder das seine, teilen wir unsere Gesellschaft in

- Leistungsträger, aus deren Sicht die Kosten für die „Hilfebedürftigen“ möglichst niedrig zu halten sind, die dann also nie mehr als das Notwendigste erhalten dürfen, und
- Opfer und deren Opfervertreter, die das Los der Langzeitarbeitslosen mit Geld zu lindern trachten.

So sind wir gemeinsam blind geworden für die Fähigkeiten dieser Menschen und die Möglichkeiten, sie aktiv in die Gesellschaft zu integrieren. Menschenverachtung steht also nicht hinter Niedriglöhnen, sondern hinter der Weigerung unserer Gesellschaft, die Nöte von Millionen Menschen ernst zu nehmen und sie zu lösen, statt sie zur Durchsetzung der Interessen der beiden Gruppen zu instrumentalisieren.

**Zur Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft müssen wir alle Denkverbote über Bord werfen und dann zwei Fragen systematisch und nur in dieser Reihenfolge beantworten:**

- 1. Wie schaffen wir Arbeit für 3 bis 5 Millionen Menschen?**
- 2. Wie schaffen wir einen sozialen Ausgleich, wenn die sich dabei ergebenden Löhne nicht für alle die Nettoeinkommen bescheren, die wir für angemessen halten, ohne die Funktionsfähigkeit des Marktes damit wieder zu gefährden?**

**Gehen wir konsequent diesen Weg, dann zeigt sich:**

- 1. Niemand müsste für längere Zeit unfreiwillig arbeitslos sein.**
- 2. Auf Dauer müsste sich auch niemand mehr der entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung unterziehen, wenn wir es nur wirklich wollen.**
- 3. Es würde ein Einsparungspotenzial von jährlich über 30 Milliarden Euro eröffnen.**

Wenn Sie uns unterstützen wollen oder mehr Informationen dazu erhalten möchten, wenden Sie sich an die Gemeinschaftsinitiative Arbeit für Alle.